



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

19 (12.1.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-207373](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-207373)

Mannheimer General-Anzeiger

Druckpreis: In Mannheim u. Umgebung frei ins Haus
sonst durch die Post bezogen ohne Bestellgeld monatlich M. 1,50.—
früheren, Einzelnummer M. 20.— bis 40.—. Postfachkonto
Nr. 17200 Karlsruhe in Baden und Nr. 2017 Ludwigshafen
am Rhein. Hauptgeschäftsstelle Mannheim, E. 6. 2. Geschäfts-
stellen: Neudorf, Waldhofstraße Nr. 6. Fernsprecher
Nummer 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adressen:
General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Bei Vornahme der 11. Zeile M. 110.—
Stallengel. u. Sam. Dien. Anz. 50% Nachl. Restanten M. 500.—
Annoncenpreis: Mittagsblatt vorm. 8 1/2 Uhr. Abendbl. nachm.
7 1/2 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. A. Angaben
w. keine Verantwortl. über. Höherer Gewalt, Streiks, Betriebs-
störungen usw. berechtigen zu kein. Ersparnissen f. ausser-
oder beschleunigte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme
von Anzeigen. Nachträge durch Fernsprecher ohne Gebühr.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik, Gesetz u. Recht, Modezeitung. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Die Fremdherrschaft im Ruhrgebiet

Ausdehnung der Besetzung auf weitere Ruhrgebietsorte — Die deutsche Abwehrfront — Die französische Kammer hinter Poincaré

Uebersicht über die Lage

2 Berlin, 12. Jan.

(Von unserm Berliner Büro)

Man erzählt sich in unterrichteten Kreisen, daß eine sehr scharfe englische Intervention, die noch im letzten Augenblick auf die maßgebenden Franzosen einen Druck ausgeübt hätte, nicht ganz ohne Erfolg gewesen sei: denn erst unter solchem Druck hätten Frankreich und Belgien sich entschlossen, statt mit dem ursprünglichen projektirten Massenaufgebot mit einem kleineren Heere von etwa 8000 Mann einzuziehen. In England ist man anscheinend erheblich mehr besorgt, als das bisher offen zu Tage trat. Man befürchtet dort, aus diesem militärischen „Spaziergang“ möchte, wenn erst die Kugel aus dem Lauf ist, eine

Gefährdung ganz Europas

erwachsen und man befürchtet das bei den vielerlei dunklen Möglichkeiten, die im Schöße der unruhigen Zeit schlummern, gewiß nicht ohne Grund. Auch sieht man offenbar der französisch-belgischen Kooperation mit Kopfschütteln und hier und da wohl auch mit Besorgnis entgegen.

In Rom hat man, wie uns mitgeteilt wird, sich beeilt, unserem Vertreter zu versichern, daß man an der kriegerischen Sanktion keinen Teil habe und auch keinen Teil zu haben wünsche. Die beiden italienischen Ingenieure, die sich im Gefolge der Franzosen und Belgier befanden, seien mehr zur Dekoration da, vielleicht auch, um unter Umständen abzuweichen und zu verhindern.

Aus der Tschecho-Slowakei liegen private Nachrichten vor, wonach diese sich nicht zu beteiligen gedenkt. Aber vielleicht wird man gut tun, diese wenigstens zeitlich einzuschranken: für den Augenblick mag die Tschechei noch nicht mit von der Partie sein, ob das für alle weiteren Stadien der Aktion gilt, wird man bezweifeln dürfen. Dazu ist die Abhängigkeit der Tschechei von Frankreich, mit dem sie verbündet und bisher mancherlei unübersehbare Verträge geschlossen hat, zu groß.

Aber selbst in Paris scheint nach Meldungen, die von privater Seite kommen, die Stimmung recht zwiespältig zu sein. Die Siegesparaden stammen neuerdings nur aus der engeren Umgebung Poincarés. Im Senat soll sich eine Gruppe gebildet haben, die sich der militärischen Reparationen zu widersetzen vor hat. An ihrer Spitze steht der Marquis de Lubersac. Um ihn werden sich vermutlich die republikanischen Kreise, die seinen Standpunkt auch sonst vertreten, sammeln.

Inzwischen nimmt der

Einmarsch seinen Fortgang

Oberhausen, Wülheim und der Landkreis Essen sind besetzt. Ueber kurz oder lang wird es wohl auch Bochum sein und vermutlich das ganze Ruhrgebiet. Es kommt für die Regierung der vorgesehene Augenblick zu weiteren Schritten. Nach unserer Kenntnis werden es zunächst solche wirtschaftlicher Art sein. Wenn auch der Südel nicht steht und die Hülfe nicht schließt, es ist doch Krieg oder zum mindesten ein kriegsähnlicher Zustand

und also wird man wieder wohl oder übel auf gewisse Maßnahmen der Kriegswirtschaft zurückgreifen haben. Wir werden sparen müssen in der Verarbeitung von Stoffen, die uns bald fehlen könnten, werden Erleichterungen, die in den letzten Jahren nach und nach gewährt wurden, wieder zurücknehmen oder einschränken müssen. Dabei wäre u. a. an die Lichterlämpen zu denken, an die erneute Einführung einer frühen Polizeistunde, wohl auch an Einschränkung des Fleischkonsums. Von all dem wird man näheres wohl schon am Samstag in der Kanzlerrede hören. Sie soll nicht nur den Mittelpunkt der einberufenen Sitzung, sondern vielmehr nach Möglichkeit deren einziger sein. Darum werden wenigstens die bürgerlichen Parteien sich auf ganz kurze Erklärungen beschränken. Kann sein — die Besprechungen darüber sind noch nicht abgeschlossen — daß es auch bei einer gemeinsamen Erklärung aller bürgerlichen Parteien bleibt. Die Regierung aber wird ein

glattes vorbehaltsloses Vertrauensvotum

verlangen, aus der sehr richtigen Erwägung heraus, daß sie in diesen dringenden, höchst wichtigen Stunden die Geschäfte des Landes nur führen kann, wenn sie sich nicht auf eine mühsam zusammengeschickte Billigungserklärung zu stützen braucht. Darauf werden die Sozialdemokraten sich einzurichten haben. Regierung und Parlament wird dann das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zur Seite treten.

Eine gemeinsame Kundgebung aller Parteien hat sich, vermutlich unter dem Einwirken des radikalen Flügelns um Crispian und Dittmann herum, wenigstens für Berlin leider nicht ermöglichen lassen. Mehr als ein Schönheitsfehler ist das indessen einzuwerfen nicht. Die Sozialdemokraten haben eine sehr scharfe Resolution beschließen; sie wird von ihnen in einer großen Anzahl von Versammlungen am Sonntag einhellig angenommen werden. Die nichtsozialistischen Parteien aber rufen für Sonntag mittig 12 Uhr die Bevölkerung Berlins zu einer Versammlung nach dem Aufgange auf, wo der Zentrumsgewählte Dr. Fleischer, der bayerische Volksparteiler Reichel, die Demokraten Petersen und Schädling, die deutschen Volksparteiler Stresemann und Frhr. v. Lerouner und die Deutschnationalen Dr. Hergt und Vöerrens sprechen werden. Eine kluge und vorsichtige Regie bietet zugleich von dem Währungsfragen von Föhnen und Abzeichen abgesehen. Das wird dem ungeliebten Verlauf der Versammlung sicher zugute kommen.

Möglich um dieselbe Stunde sollen auch auf das ganze Reich hin ähnliche Versammlungen stattfinden. Das ist ein

Aufgebot der Massen

wie es noch nie war, vielleicht nicht einmal in den ersten Kriegstagen 1914. Dazu werden dreimal am Tage die Glocken läu-

Ein Aufruf der badischen Regierung

An das badische Volk!

Dem Aufruf der Reichsregierung, durch den das deutsche Volk zum Zeichen des Protestes gegen den neuesten Gewaltakt und als Ausdruck tiefer Trauer über dieses nationale Schicksal zu einem würdevollen Verhalten aufgefordert wird, schließt sich die badische Regierung an.

Wie schon oft nach schweren Schicksalsschlägen stellt sich auch jetzt Badens Volk und Regierung zur Abwehr der Gewalt einmütig und geschlossen hinter die Reichsregierung. Das badische Volk wird ohne politische Anordnung am kommenden Sonntag aus freier Entschiedenheit seinen Gefühlen in entsprechender Weise Ausdruck verleihen. Für Tanz und Land wird es keine Stimmung haben; ernst und entschlossen wird es seine Meinung über die französische Gewalttätigkeit in Europa kundgeben. Ohne Unterschied der Parteien wird es geloben, einem übermütigen Sieger gegenüber das ihm einzig mögliche Verhalten zu zeigen: Ruhe, Ernst, Würde und harten Willen, unbeugsam zu fragen, was das Schicksal bringt.

Der Aufruf ist von sämtlichen Ministern und Staatsräten unterzeichnet.

ten, wird in allen Kirchen auf die Drangsale der geschmähten Nation von den Kanzeln aus hingewiesen werden.

So schließlich angefaßt der Bedrohung von außen sich die Reihen, die freilich, wenn wir politisch nicht so grenzenlos unbegabt wären, in den letzten 4 Jahren eines angeblichen Friedens nie sich hätten auflösen dürfen. Symptomatisch für das nun einmütig durchbrechende Einigkeitsgefühl sind die Vorgänge in Essen. Dort hat schon unter der Arbeiterherrschaft über den Abzug des Kohlenyndikats, dem bisher auch das Bochumer Ammoniat-Syndikat gefolgt ist, eine gewisse Unruhe geherrscht. Dann hat Stinnes, wie uns mitgeteilt wird, persönlich eingegriffen und den Arbeitnehmern klar gemacht, daß die Arbeitgeber sie damit nicht im Stich lassen, daß sie vielmehr trotz der Weberstellung des Syndikats nach Hamburg ihre ganze Habe dem Zugriff der Franzosen preisgeben. Das Argument hat gewirkt. Unternehmer und Gewerkschaften stehen in dem uns aufgebängten Kampf Schulter an Schulter.

Die Lage in Essen

Essen, 12. Jan. 1/8 Uhr. (Sig. Drahtber.) Die Lage ist unübersichtlich. Soweit bis jetzt bekannt ist, ist es weder hier noch im übrigen Ruhrgebiet in der vergangenen Nacht zu irgend welchen Zwischenfällen gekommen.

Dem Beispiel des Kohlenyndikats folgend haben auch der Rummer-Harz-Verkaufsverein und der Benzolverband ihre Gebäude in Essen geräumt und ihren Sitz nach einem Ort außerhalb des Ruhrgebietes verlegt. Die Mitglieder der Essener Kugelhörse liegen gestern zum Zeichen des Protestes gegen die Besetzung, den Verkehr ausstellen.

Da Lankeschwader in der Richtung auf Gelsenkirchen konzentriert werden, ist damit zu rechnen, daß Gelsenkirchen heute besetzt wird. Auch die Besetzung von Velbert scheint unmittelbar bevorzustehen. In Oberhausen und Sterkrade, Horst und Gladbeck sind die Franzosen bereits eingerückt. Es zeigt sich immer mehr, daß die Leitung der Besetzung die großen Städte des Ruhrgebietes zunächst umgibt und dann von nachrückenden Truppen besetzt läßt.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Duisburg werden in einem Aufruf der Stadtverwaltung 23 Schulen genannt, die neu mit Besetzungstruppen besetzt worden sind. Damit sind, so heißt es weiter, im ganzen 348 Schulklassen und Turnhallen und etwa 50 Nebenräume Schulzwecken entzogen. Die Schulverwaltung ist infolgedessen nicht in der Lage, einen ordnungsmäßigen Schulbetrieb aufrecht zu erhalten.

Zur Besetzung selbst seien noch einige Einzelheiten nachzutragen: Nach dem Einmarsch der französischen Truppen wurde sofort der Besetzungszustand über die Stadt verhängt. Doch sollen die bisherigen polizeilichen Bestimmungen (Polizeistunde, ebenso die Pressefreiheit usw.) bis auf weiteres ihre Gültigkeit haben. Im übrigen ist auch der Bahnhof und seine Umgebung abgesperrt. Nur die Personen, die nachweisen können, daß sie dringend dorthin zu tun haben, werden durch die Sperrung durchgelassen.

Mannhaftes Verhalten der Stadtverwaltung

Bald nach dem Einzug der Franzosen erschien der französische General Ramont vor dem Rathaus und schickte den Hauptmeister zum Oberbürgermeister Dr. Luther mit der Aufforderung, der Oberbürgermeister möge herunterkommen und ihn auf den Stufen der Rathhaustreppe empfangen. Dr. Luther ließ dem General sagen, daß er in seinem Amtszimmer zu sprechen sei. Nach einigem Warten bequeme sich der General dazu, den Oberbürgermeister in seinem Amtszimmer aufzusuchen.

Die Stadtverwaltung hatte für gestern Abend die Stadterordneten zu einer Sitzung einberufen zum Zeichen der Trauer und als Einpruchkundgebung gegen die Besetzung. Oberbürgermeister Dr. Luther teilte mit, daß er gegen die militärische Zwangsbesetzung namens der Stadt Essen nachdrücklich Einspruch erhoben habe. Der Oberbürgermeister bitte diese Erklärung gutzuheißen und Zustimmung davon Kenntnis zu nehmen, daß die Beamten der Stadt Essen ihre amtliche Tätigkeit fortsetzen.

Die bürgerlichen Fraktionen der Stadterordneten erklärten sich darauf mit der Haltung des Oberbürgermeisters einmütig einverstanden und betonten, sie würden auf dem Boden der Erklärung der Reichsregierung. Die sozialistische Fraktion gab ebenfalls eine Erklärung ab, in der sie einmütig ihrer Enttäuschung über die Besetzung der Stadt Ausdruck gab. Der Führer der Kommunisten protestierte ebenfalls gegen die Gewaltthat der Entente. Als er dann sogar bei dieser Gelegenheit die üblichen Angriffe gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien ansetzte, verließen die übrigen Stadterordneten empört den Saal.

Die diplomatische Lage

stellt sich folgendermaßen dar: Trotzdem die deutschen Botschafter aus Paris und Brüssel nach Berlin zurückgerufen sind, wird die Reichsregierung nicht die diplomatischen Beziehungen abbrechen. Die Leitung der Botschaftergeschäfte in Paris hat Botschafter Dr. v. Hösch übernommen. Was das Verhältnis der deutschen Regierung zu den in Deutschland bestehenden internationalen Kommissionen betrifft, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß ohne weiteres es nicht möglich ist, den Verkehr mit diesen Kommissionen einzustellen, oder sie an der Ausübung ihrer Tätigkeit zu hindern, da den Kommissionen auch Vertreter der Staaten angehören, die sich Deutschland gegenüber keinen Vertragsbruch haben zuschreiben kommen lassen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Entscheidung über das deutsche Stundungsgesuch vom 13. November noch aussteht. Allerdings ist diese Entscheidung, die ursprünglich heute fassen sollte, wiederum ausgesetzt worden. Die Reparationskommission hat gestern die Diskussion hierüber auf ein späteres Datum verschoben.

Die Einstellung der Reparationskohlenlieferungen

ist durch folgende Verfügung des Reichskohlenkommissars erfolgt: Nachdem Frankreich und Belgien mit militärischer Macht in das bisher unbesetzte Gebiet eingedrungen sind, ist Deutschland nicht mehr in der Lage, Reparationskohlen an diese Länder zu liefern. Das Deutsche Reich liefert für Kohlen, die an diese Staaten für Reparationszwecke geliefert oder von ihnen beschlagnahmt werden, keine Zahlung mehr, auch nicht für die Transportkosten solcher Kohlen auf den Bahnen und Wasserwegen. Soweit die bisher für Reparationszwecke gelieferten Kohlen für die Eisenbahnen geeignet sind, sind sie an die Eisenbahnen abzuführen. Gas Kohlen sind an die Gasanstalten, Elektrizitätskohlen an die Elektrizitätswerke und Hausbrandkohlen dem Hausbrand zuzuführen. Wass-, Elektrizitäts- und Hausbrandkohlen sind in allererster Linie nach Süddeutschland und in das besetzte Gebiet zu schicken, damit die eingelaufenen Abfuhrwege annähernd in ihrem bisherigen Umfang ausgefüllt werden.

Neue Entwaffnungsforderungen?

Wie eine Berliner Korrespondenz hört, soll sich General Kollitz noch in dieser Woche nach Paris begeben, um mit Poincaré und Marshall Foch mehrere neue Entwaffnungsforderungen an Deutschland zu besprechen.

Die Protestkundgebungen

gegen den unerhörten Rechtsbruch nehmen einen übermütigen Umfang an. Neben den Parlamenten, wie Reichstag und lässlichen Landtag, sind es vor allem die politischen Parteien, gewerkschaftlichen und beruflichen Organisationen, die sich in dem einen Willen zusammenschließen, sich nicht der Gewalt zu beugen. Es steht darnach zu hoffen, daß der kommende

Nationalstreikverbot

überall im Deutschen Reich mit ruhiger Würde-erregung werden wird.

Die Sozialdemokratie wird in Berlin ihre Massenversammlungen vormittags um 10 Uhr abhalten. Ein Aufruf der vereinigten sozialistischen Parteien und ein anderer, zu dem sich der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, die IFA und der Allgemeine deutsche Beamtenbund zusammenschließen haben, wird heute früh veröffentlicht. Der sozialistische Aufruf ist leider von einer in vielen Zeilen recht unangebrachten Phrasologie nicht ganz frei, umso würdiger klingt es aus dem Gewerkschaftsaufruf, der Arbeiter, Angestellte und Beamte auffordert, alles Trennende zurückzustellen und den ihnen aufgewungenen Kampf gegen den unerfülllichen französischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Zu der schon von Berlin aus für den kommenden Montag angekündigten

kurzen Arbeitseinstellung

in ganz Deutschland als Widerspruch gegen die Besetzung des Ruhrgebietes erlassen heute die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Deutschlands ohne Unterschied der Richtung einen Aufruf, in dem die Besetzung als Ausschaltung des Rechts unter Anwendung von Gewalt scharf verurteilt und gesagt wird:

„Wir wollen durch eine Handlung nach außen zu erkennen geben, daß die jeglichen Maßnahmen mit dem Vertragsrecht nicht in Einklang stehen. Die Arbeiter, Angestellten, Beamten des gesamten besetzten Gebietes und in der ganzen Provinz Westfalen wollen ihre Entschlossenheit in eindeutiger Weise zum Ausdruck bringen durch eine halbe Stunde Arbeitsruhe am Montag, den 15. Januar vormittags von 11 Uhr bis 11.30 Uhr.“

Sie wollen in Fabriken und Werkstätten, in Läden, Büros und auf der Straße, kurzum, wo immer sie tätig sind, diese Arbeitsruhe einreten lassen. An der Arbeitsstelle soll jeder darüber nachdenken, welche unheilvollen Folgen der Krieg gebracht hat und welcher Zukunft wir durch die erneuten Maßnahmen der Siegerstaaten entgegengehen. Der Bevölkerung des Westens stehen noch schwere Tage und harte Prüfungen bevor. Der Gedanke, daß die hand- und kopfarbeitende Bevölkerung eine Schicksalsgemeinschaft bildet, wird für manche ein Trost sein in den bevorstehenden trüben Tagen. Wir wollen unser solidarischen Zusammenhalten durch diese Arbeitsruhe erneuert bekräftigen. Das gesamte Wirtschaftsleben ruht, die Straßenbahnen stehen still, soweit wir selbst mit unseren Angehörigen auf der Straße uns befinden wollen wir auch hier durch Stehenbleiben für einige Minuten unsere Sympathie bekunden. Beginn und Ende der Kundgebung werden durch Sirenenzeichen und durch andere gebräuchliche Mittel angezeigt.

Die deutsche Wirtschaft erbt durch diese jeglichen Maßnahmen einen Schlag, der nicht pariert und nicht abgemildert werden kann, das Herz Deutschlands wird getroffen. Mit der größten Bitterkeit werden wir mit unserer Existenz auf unserem bisherigen Mutterboden entwürzelt. Wir müssen uns fremder Gewalt beugen, aber nicht ohne Protest. Vertragsmildrigkeiten wollen wir auch als solche bezeichnen. Gleichseitig protestieren wir gegen den Verstoß des Vertrags und bekennen: „Die deutsche demokratische Republik ist uns ans Herz gewachsen, trotz schwerer Arbeit hoffen wir am Deutschen Reich.“

Poincaré vor der französischen Kammer

Vertrauensvotum mit 478:86 Stimmen

Poincaré gab gestern in der Kammer unter dem Beifall fast aller Gruppen eine Erklärung über die auswärtige Politik ab.

Kritik der englischen Vorschläge

Kann weiteres Interesse beanspruchen. Poincaré stellte fest, daß die englischen Vorschläge mit den französischen Interessen nicht vereinbar seien.

In der Aussprache erklärte der Sozialist Blum, daß die Sozialisten gegen die Ruhrbesetzung protestieren müßten, die zu einem Mißerfolg führen müßte.

Die französische Presse zum Einmarsch

Nicht nur in den Blättern der Linken, sondern auch in einem Teil der anderen französischen Zeitungen macht sich eine deutliche Ernüchterung bemerkbar.

Dard wieder in München

Der frühere französische Gesandte in München, Dard, der seit Monaten von hier abwesend war, ist nach der „Luzburger Post“ wieder dorthin zurückgekehrt.

Gegen französische Umarmung

Berlin, 12. Jan. (Von unj. Berl. Büro.) Vorgestern, während der Verhandlung des auswärtigen Ausschusses, fiel es unangenehm auf, daß vor dem Beratungszimmer auch der Berichterstatter des „Echo de Paris“ hofartig und wichtigtuersich hin und herholte.

Eine deutsch-polnische Konvention

Polnische Blätter bringen die Meldung, daß es bei den Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zum Abschluß zweier Konventionen über die Kriegskosten und ein Sanitätsabkommen gekommen ist.

Der aber vor Furcht zittert, der ist ein Knecht, und wer aus Furcht etwas tut, ein niedriges Tier.

Bismarck beim Porträtierten

Prof. Hans Schadow, der soeben bei Köpfer in Weipzig seine Koll. geschriebenen Bismarckgedenken veröffentlicht, schildert im Schlußkapitel keine Begegnung mit Bismarck.

Im Jahre 1893 gab mir Sir William Ingram, der Besitzer der „Illustrated London News“, den Auftrag, ihm für seine Zeitung ein Porträt des Fürsten Bismarck zu liefern.

Als ich dann am nächsten Tage dem Fürsten vorgestellt wurde, ergabte ich ihm natürlich, daß ich tags zuvor keine lange Rede mit ihm gehabt hätte.

Trotzdem ging es aber nicht so schnell. An den ersten Tagen hatte er keine Zeit, für das Porträt zu sitzen.

Der Ueberfall auf das Memelland

Die Nachrichten aus dem neuen Gefahrenherd im Nordosten lauten widersprechend. Die litauische Gefolgschaft in Berlin gibt bekannt, daß die Bewegung gegen Memel in keinem Zusammenhang mit Kowno stehe.

Ob die litauischen Freischärler weiter gegen Memel vorgehen werden, läßt sich natürlich zur Stunde noch nicht übersehen. Erinnert sei daran, daß in der litauischen Presse Propaganda dafür gemacht wurde, wenn Memel selbst nicht an Litauen fällt, so müsse doch das Hinterland an Litauen kommen.

Belagerungszustand über Memel

verhängt. Lokale und Schanzfluten müssen um 9 Uhr schloffen, ebenso ist es der Bevölkerung verboten, nach 9 Uhr die Straßen zu betreten.

Dementi der litauischen Regierung

bestreitet, daß litauische Truppen in das Memelgebiet eingebrochen sind und rückt vorsichtig von den Freischärlern ab.

Grundlose Verdächtigung Deutschlands

Ankündigung wird mitgeteilt: Nach einer telegraphischen Meldung aus Memel hat der Oberkommissar formellen Protest erhoben für den Fall, daß deutsche Truppen in das Memelgebiet einrücken sollten.

Die Haltung der Polen

Der Ausfall der Litauer in das Memelgebiet hat in polnischen Kreisen große Entrüstung hervorgerufen. An zuständiger Stelle in Warschau erklärt man, daß amtliche Nachrichten über die Vorgänge in Memel noch nicht vorliegen.

* Eine stürmische Sitzung der ungarischen Nationalversammlung. In der ungarischen Nationalversammlung griffen die Sozialdemokraten die Regierung an, weil Ungarn mit Italien einen militärischen Geheimvertrag abgeschlossen habe.

König Konstantin von Griechenland

König Konstantin von Griechenland ist Donnerstag morgen 9.30 Uhr in der Villa Igea in Palermo an einem Schlaganfall gestorben.

Es ist ein Ende von Tragik umwittert. Fern der Heimat, die er voll Sorge liebte, lag ihm das Land, das er als König, ein Mensch, dessen hervorragender Zug charakteristische Mannlichkeit war.

Im griechisch-türkischen Krieg hatte er als Oberbefehlshaber so wenig Glück, daß es zu dynastischen Krisen kam. Im ersten Balkankrieg jedoch schuf er sich durch den Erfolg bei Jonina eine sichere Stellung.

König Konstantin ist seit dem 27. Oktober 1889 mit Prinzessin Sophie von Preußen, der Schwester Wilhelms II., vermählt. Aus dieser Ehe sind fünf Kinder hervorgegangen: Prinz Georg, Prinz Alexander, Prinzessin Helena, Prinz Paul und Prinzessin Irene.

Letzte Meldungen

Sonntagsarbeit im Zeitungsgewerbe

Berlin, 12. Jan. (Von unj. Berliner Büro.) Auf eine von mehreren Zentrumsabgeordneten im Reichstag eingedragte Anfrage hin erklärte sich der Reichsarbeitsminister bereit, in eine nähere Prüfung der Frage einzutreten.

7. Heidelberg, 12. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Der Rotgemeinschaft Heidelberg wurden von Herrn Heßlein, New York, 1000 Dollar, das sind über 10 Millionen Mark überliefert.

Theater und Musik

Die Brauer — Elisabeth Joll. Von Hans Bruch am Flügel verständnisvoll begleitet, sang Lisa Brauer gestern im Harmoniesaal Lieder von Schubert und Wolf.

Kleine Chronik. Für das Fach der Chirurgie habilitierte sich in Freiburg i. Br. Dr. med. Karl Ludwig Rohde (aus Aasel), Assistent an der chirurgischen Klinik.

Städtische Nachrichten

Neue Brotpreise

Aus der gestrigen Stadtrats-Sitzung erhalten wir folgenden stadtamtlichen Bericht:

Die Reichsgetreidebehörde hat zufolge Erhöhung der Preise für das Umlege- und das Auslandsgetreide ihre Abgabepreise für Weizenmehl ab 15. Januar etwas mehr als verdoppelt. Auch die Umkosten des Bäckergewerbes, des Lebensmittelamts und der Mehlerzeugung sind weiter gestiegen. Auf der Grundlage der nunmehrigen Festsetzung des Preises für das Marktbrot 450 M für 1500 Gramm. Die Erhöhung tritt bereits am Samstag, den 13. Januar 1923 in Kraft, weil die Markten der Mannheimer Brotkarte stets Samstag für die ganze folgende Woche gelten. Der Übergang wird durch die Gewährung einer Brotzulage zum alten Preis erleichtert. Die Mehrerhebung, welche der Stadt dadurch zuzieht, daß der neue Brotpreis schon am Samstag in Kraft tritt, wird dem Fürsorgeamt zur Brot- und Milchverteilung zugewandt.

Die neue Brotpreiserhöhung läßt sich leider nicht umgehen. Wir sagen leider, weil wir dabei vor allem die gegenwärtige politische Lage im Auge haben. Aber auch die wirtschaftlichen Verhältnisse sind die denkbar ungünstigsten. Die Vorkosten werden heute wieder einen großen Anstieg auszuweisen haben. Mit recht gemäßigten Gefühlen dürfte die Mitteilung aufgenommen werden, daß der neue Brotpreis schon morgen in Kraft tritt. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Brot zum alten Preis werden sich infolgedessen die Schwierigkeiten wiederholen, die bereits bei der letzten Preiserhöhung viel Rücksichtnahme hervorriefen. Der Stadtrat hat diese Tatsache aber offenbar nicht als ausschlaggebend für seine Stellungnahme angesehen. Die bittere Pille der neuen Preiserhöhung wird durch die Mitteilung vergrößert, daß der Mehrerlös, der durch das Inkrafttreten der neuen Preise am morgigen Samstag erzielt wird, wohlhabenden Speckern zugute kommt. Es wäre am Platze gewesen, den Verbrauchern mitzuteilen, wie hoch die letztmals erzielte Summe war, um beurteilen zu können, ob das vorzeitige Inkrafttreten der neuen Brotpreise durch diesen wohlhabenden Speckern zu rechtfertigen ist. In Berlin gibt die Preisbehörde erst am kommenden Montag ab. So wird in den meisten anderen deutschen Städten gehalten. In Mannheim müssen wir halt immer etwas früher haben. Leider sind in den meisten Fällen Anordnungen, die nicht zum Vorteil für die Bevölkerung ausfallen.

Sitzung der Preisprüfungskommission

Die Preisprüfungskommission hielt gestern ihre erste diesjährige Sitzung unter Vorsitz von Reg.-Rat Dr. Hoffmann ab. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß seit der letzten Sitzung die Preise wesentlich in die Höhe gegangen sind und daß noch eine weitere Steigerung zu erwarten sei. An Hand der vom Stadtratsamt angefertigten Aufstellung über Preisänderungen aus dem Reich, Baden und Mannheim gab der Redner einen interessanten Überblick über die fortschreitende Teuerung. Zufolge der nach der Methode des statistischen Reichsamts berechneten Differenz ist demnach bis Dezember 1922 die Teuerung im Reich auf das 185fache (einschließlich Bekleidung) gestiegen, in Baden auf das 634fache (ohne Bekleidung) und in Mannheim auf das 1304fache (einschließlich Bekleidung). Von November ab Dezember erhöhte sich die Bekleiderzeugung (einschließlich Bekleidung) um 63,6%, die Landestindergüter (ohne Bekleidung) um 53,8% und die Mannheimer Bäckerei (einschließlich Bekleidung) um 41,8%. Diese Teuerungszifferungen sollen von jetzt ab regelmäßig fortgesetzt werden. Selbstverständlich seien auch besonders die Karntwaren in die Höhe gegangen und zwar beträchtlich. Die Kommission beschloß einstimmig auch weiterhin wie bisher regelmäßig auf die Marktpreise einzugehen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die am 15. Dezember in Kraft getretene Verordnung wegen der Ausweisung von Waren im Schaufenster, von vielen Geschäften nicht eingehalten wurde. Besonders sei dies in Möbel- und Textilgeschäften der Fall. Dr. Hoffmann konnte mitteilen, daß die Kontrolle in dieser Hinsicht bereits eingeleitet habe, und daß auch schon verschiedene Anzeigen wegen Verletzungen vorlägen. Es sei nochmals erwähnt, daß sich jeder Ladeninhaber strafbar macht, der in Schaufenster angelegte Waren nicht auszeichnet. Ausgenommen von der Auszeichnungspflicht sind „ausgesprochene Luxuswaren“. Waren, die man noch oft ohne Auszeichnungen sehen kann, sind keine Luxusgegenstände.

Bevor in die Befestigung der neuen Preise eingetreten wurde, wurde aus Handzettel eine Uebersicht über die hohen Preisen gegeben. Ein beachtliches Beispiel war die Versteigerung von 80 T. Kefel, die allein 238 000 M. Pracht kosteten, alle das Hund Kefel 80 Mark. Man kann sich dann ungefähr vorstellen, was ein Hund Kefel kostet. Aus der Gegend von Rosbach bis Mannheim kostet 1 Pfund Kefel 15 Mark Pracht, aus der Gegend von Rosbach bis Mannheim 20 Mark. Bei Rosenlohl beträgt die Silgwurme 20 Mark, bei Rosbach 30 Mark für 1 Pfund. Das Hund kommt also den Zwischenhändlern bereits auf 170 Mark zu stehen. Gerade bei Gemüse werden die in nächster Zeit wieder zu erwartenden erhöhten Preisen ein starkes Emporkommen bewirken. Bei Beurteilung der hohen Preise muß dieser Umstand in Betracht gezogen werden; denn einmal wird dadurch der Handel unterbunden und zum anderen entstehen solche hohe Preise, die der Verbraucher nicht mehr zahlen kann.

Dr. Hoffmann führte aus, daß z. B. die allgemeine Lage sehr ernst sei, jeder Stand habe hart um seine Existenz zu kämpfen. Er hoffe, daß eben wieder einschneidende und die Jahre zusammenzusehen. Nur durch Zusammenhalt könnten wir diese schlimme Zeit überleben.

Die neuen Milchpreise

Die für Kartoffeln 10-12 M. (dabei mit bemerkt, daß die Zufuhr in letzter Zeit sehr schlecht ist), Weizenmehl 25 M., Weizen 30 M., rote Rüben 20-30 M., gelbe Rüben 20 M., Karotten 30 M., weiße Rüben 12-20 M., Antebala 25-30 M., Fildelot 20 M., Andinen 20 M., Erdbeeren 15-20 M., Obst ausgeschnittene 15 M., Kefel 80-90 M., Birnen 30-50 M., alles per Pfund.

Wie der erhöhte Milchpreis zu Stande kam

Vom mittelbädischen Städteverband für Milchbeschaffung und Milchverwertung wird der Schriftleitung geschrieben:

Auf einer am 30. Dezember 1922 in Karlsruhe auf Einladung des badischen Molkereiverbandes stattgefundenen Versammlung wurde ein einheitlicher Erzeugerpreis für das badische Land von 140 Mark festgesetzt. Auf dieser Versammlung waren vertreten die verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen, die Großstädte Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Konstanz, wie der mittelbädische Städteverband für Milchbeschaffung und Milchverwertung. In der Mitteilung, die über diese Versammlung, in der der bisherige Erzeugerpreis von 60 M., 80 M. und 90 M. für das ganze badische Land auf 140 M. festgelegt wurde, durch die Zeitungen lief, konnte der Eindruck erweckt werden, als ob dieser ungewöhnlich hohe Preis ohne Widerspruch eines großen Teiles der Verbraucher hingenommen worden wäre. Dem ist aber nicht so! In einer kurz vor der Karlsruher Tagung in Durach stattgefundenen Sitzung hatte der mittelbädische Städteverband beschlossen, in Anbetracht der eingetretenen weiteren Teuerung den Erzeugerpreis auf 120 M. zu normieren und glaubte damit den Interessen der Erzeuger voll und ganz zu haben und den Verbrauchern gegenüber auch die Verantwortung für eine solche immerhin erhebliche Wertsteigerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel für unsere Kranken, Kinder, Alte und werdende Mütter noch übernehmen zu können.

Doch man nun aber in Karlsruhe unter Vortritt des Molkereiverbandes unter eifriger Bekämpfung und sogar Drohung des

Landesführers Müller und unter Unterstützung der vorgenannten Großstädte, darunter hauptsächlich Mannheim und Karlsruhe, dazu kommen konnte, den Erzeugerpreis auf 140 Mark festzusetzen, dagegen legte der mittelbädische Städteverband Verwahrung ein und kann die Verantwortung für diesen Preis in der Öffentlichkeit nicht übernehmen. Besonders kann ein Einheitspreis für das ganze badische Land nicht eingehalten werden, da die Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsgebieten doch sehr verschieden gelagert sind, wie z. B. an der Schweizer Grenze, im besetzten Gebiet unter Einwirkung der auswärtigen Währung und auch in anderen Randgebieten. Die Rot in den Städten ist amerkanischermaßen entsetzlich groß und steigt von Tag zu Tag. Nicht allein, daß die bisherige Bekleidung der Bedarfsgemeinden mit der so notwendigen Milch eine völlig ungenügende war, soll jetzt noch dazu kommen, daß weite Kreise in der Stadt auch diese wenige Milch in der Zukunft wohl nicht mehr kaufen können, da zu den Erzeugerpreisen doch noch bedeutende Umkosten auf die Milch kommen. Man denke da nur an die hohen Beförderung- und sonstigen Umkosten, bis die Milch in die Hände der Bezugsberechtigten kommt. In einer Zeit, wo man in amerkanischer Weise im ganzen badischen Land zur Bekämpfung der Rot in den Städten eifrig zu Gansien der Rotgemischtheit sammelt, sollte man nicht dazu kommen, das, was man mit der einen Hand gibt, in doppelter Weise mit der anderen wegzunehmen. Somit zur Aufklärung, wie der erhöhte Milchpreis zu Stande kam, gegen dessen Befestigung die dem mittelbädischen Städteverband angeschlossenen Bedarfsgemeinden öffentlich und feierlich Protest erheben.

Die Verantwortung für diesen Preis und die fernere darauf bestehende Preisentwicklung muß denen überlassen bleiben, die den erwähnten Preis zugestanden haben. Durch diese Angelegenheiten sind der verbrauchenden Bevölkerung des mittelbädischen Gebiets unnötig hohe Kosten erwachsen und wird dies voraussichtlich fernerhin noch geschehen.

Wir behalten uns vor, auf die Angelegenheit noch zurückzukommen.

Deutsch sein heißt furchtlos und treu sein!

Dieser Ausspruch sei in den kommenden schweren Tagen Leitstern jedes Deutschen. Das sich auf Gewalt stützende Recht sieht auf schwachem Grunde. Nicht jede Fingerringe, heranziehende Woge erreicht das Ufer; manche rast in beängstigendem Andrang auf das Land zu, um kurz vor dem Ufer vor einem verdächtigem Felsen sich zu überstürzen und gebrochen in den eigenen Schicksal zurückzufallen.

Von der Krankenversicherung

Beendigung der Mitgliedschaft bei Ueberstiegen der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung

Auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers über Versicherungspflicht, Versicherungsübertragung etc. in der Krankenversicherung vom 1. Dezember 1922 ist es den Versicherten, die infolge Erhöhung ihres Einkommens der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung nicht mehr unterliegen, sofern sie ihren Arbeitgeber über ihre Stellung nicht wechseln, erst bei dem ersten Tage des vierten Monats nach Ueberstiegen der Verdienstgrenze aus der Versicherungspflicht auszuscheiden. Diese Bestimmung ist neu. Nach dem bisherigen Recht schieben diese Personen sofort mit dem Ueberstiegen der Verdienstgrenze aus der Krankenversicherung aus und mußten seitens ihrer Arbeitgeber zur Abmeldung gebracht werden. Es muß nunmehr deshalb von den Arbeitgebern beachtet werden, daß die Abmeldung der in Frage kommenden Personen nicht schon bei dem Ueberstiegen der Verdienstgrenze erfolgen darf. Die Abmeldung kann vielmehr erst vorgenommen werden, nachdem die betreffenden Personen aus der Versicherungspflicht ausgeschieden sind, was aber auf Grund der neuen Bestimmungen sich erst mit dem ersten Tage des vierten Monats nach Ueberstiegen der Verdienstgrenze vollzieht.

Bekämpfung der Eisenbahndiebstähle

Nach den Bestimmungen der Eisenbahnverkehrsordnung hat der Reisende die von ihm in den Personenzügen mitgeführten Sachen selbst zu bewahren. Die Eisenbahn trägt dafür nur, wenn sie ein Verschulden trifft. Trotzdem hat die Eisenbahnverwaltung sich in der letzten Zeit veranlaßt gesehen, zum Schutz der Reisenden und der von ihnen mitgeführten Sachen besondere Maßnahmen zu treffen, sie hat Ueberwachungsstellen errichtet, die in ihrer Förmlichkeit mit der öffentlichen Polizei alle gemeldeten Diebstähle auf der Eisenbahn verfolgen und auch unauffällig eine große Zahl der Täter ergreifen. Die Beamten sind Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft und haben in dieser Eigenschaft insbesondere das Recht der Befehlsnahme, der Durchsuchung, der vorläufigen Verhaftung oder Festnahme. Bei der geringen Zahl solcher Ueberwachungsbeamten wird es nicht immer gelingen, die Reisenden vor Schäden zu bewahren, wenn diese der Bewusstheit ihres Handelns nicht selbst erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Als Sicherungsmaßnahme für die Zeit, in der die Reisenden ihr Gepäck nicht selbst im Auge behalten können, z. B. während eines Aufenthalts im Speisewagen, ist anzuschließen, es an die Gepäckhalter anzuschließen oder Mitreisende um die Bewusstheit zu erfordern. Soweit es ohne Störung des geordneten Betriebes möglich erscheint, ist das Zugbegleitpersonal auch ermächtigt, das Gepäck, wenn es von allen Ansehern verlassen wird, auf Ansuchen abzuschnüren. Die Haltpunkte sind durch aber nicht auf die Eisenbahnverwaltung über. Um die Mittel des Publikums anzuregen, hat die Eisenbahnverwaltung sich entschlossen, jedem der einen Gepäckdiebstahl oder einen Gepäckverlust anzeigt, so daß der Täter gerichtlich bestraft werden kann — unter Ausschluß des Rechtsweges — eine Belohnung bis zum Betrage von 100 000 M. zu gewähren.

Aur wenn das reisende Publikum selbst sich an der Beobachtung verdächtigter Vorgänge und Personen beteiligt, und die Bahnpolizeibeamten unterstützt, wird es möglich sein, den Eisenbahndiebstahl erfolgreich bekämpfen zu können.

Verletzung. Kaplan Jung von der Herz-Jesu-Pfarrkirche ist aus seinem bisherigen Wirkungskreis geschieden, um die Leitung des Caritaskassenrats Karlsruhe zu übernehmen. Die katholische Kirchengemeinde sieht Kaplan Jung, der sich insbesondere um das Gebiet der Jugendpflege große Verdienste erworben hat, nur ungern scheiden. Möge seine Arbeit in neuen Wirkungskreis in gleichem Maße von Erfolg gekrönt sein wie seine bisherige Tätigkeit.

Verkehrsmittel. Vom Montag, den 15. Januar an verkehrt der Zug 419, bisher Ludwigsbahn a. Rh. ab 4.35 Nachm. R.E.3, 5 Minuten früher, Ludwigsbahn a. Rh. ab 4.43, Mannheim an 4.53 Nachm. R.E.3. Vom gleichen Tage an verkehrt der Zug 956 (B) nach Weinheim die Station Mannheim ostseitig um 4.42, Frankfurt a. M. über Mannheim ab 4.53 Nachm., künftig erst um 5.09 Nachm. in Mannheim abfahren. Die Halle dieses Zuges in Mannheim Hbf. und in Seckelheim werden vom 15. Januar an aufgehoben.

Sonderzug nach Leiberger. Da das Leiberger Winterporzellan am 8. Tage verschoben wurde, löst der vom Verkehrsverein veranstaltete Sonderzug nicht am kommenden, sondern erst am Sonntag, den 21. Januar, Ammeldeorten befohlen ihre Gültigkeit.

Frauen als Geschworene. Wie schon seit Beginn des neuen Jahres in den Schöffengerichten Frauen als Beisitzerinnen zu beobachten sind, so wird die am Montag beginnende Session des Mannheimer Schwurgerichts auch Frauen als Geschworene haben. Die Geschworenenliste weist vier Frauen auf: Therese Theobald, Barbara Hauser, Eugenie Weinreich-Heubach und Susanna Ueberer.

Mittelstands-Selbsthilfe. Wie sehr die Schaffung der Mittelstands-Selbsthilfe einem Bedürfnis nachgekommen ist, beweist ihr Geschäftsgang. Der Wille zu helfen, hat für eine Organisation machen lassen, die schon nicht mehr gut fortzubringen wäre aus den Tagen der Notzeit. Wenige Wochen sind es her, daß die Ver-

mittlungstelle ihre Tätigkeit begann, Millionen von Mark hat sie für bedrängte Familien schon flüssig gemacht. Die Mittelstands-Selbsthilfe ist nicht Selbsthilfe von Dingen, die zum Schmutz von Heim und Person oder zum Gebrauch dienen, sie bezieht nur die Vermittlung des Vermögens. Die wirtschaftliche Entfaltung führt viele dazu, aus Besitztümern, die aus wirtschaftlich günstigeren Zeiten stammen, einen Teil des Unterhalts zu ziehen, um sich über Wasser zu halten. Sie bringen dann diese entbehrlichen Dinge, sei es nun Tischwäsche, Bekleidung, Schmuck, Böden, Schalen und was es an dieserlei Dingen in einem Haushalt oder zu persönlichem Gebrauch gibt, zur Mittelstands-Selbsthilfe, die bis Ende dieses Monats noch in ihren bisherigen Räumen im alten Krankenhaus verbleibt, die sie zum Verkauf ausstellt und in der Regel auch verkauft. Die zu laufenden Gegenstände werden von Sachverständigen taxiert und der Verkaufspreis wird im Verhältnis mit den Einkäufern festgesetzt. Der Geschäftsgang der Mittelstands-Selbsthilfe hat sich so entwickelt, wie es im Interesse der Beteiligten liegt und man möchte diese soziale Einrichtung nicht mehr missen.

Bedenkliche Neuerung im Kraftwagenbetrieb der Post. Die in den letzten Monaten eingetretene ungeheure Wertentwertung und die damit zusammenhängende Verteuerung des Kraftwagenbetriebs hat naturgemäß auch den Kraftwagenbetrieb der Post stark in Mitleidenschaft gezogen. Insbesondere sind es die Brennstoffpreise, die im letzten Halbjahr um etwa das Doppelte gestiegen, den Kraftwagenbetrieb unrentabel zu machen drohen. Die Reichspost ist daher seit Monaten bemüht, einen Ausweg aus dieser Lage zu finden. Sie sah sich dazu umfomehr veranlaßt, als sie im allgemeinen Verkehrsinteresse die wichtigeren Ueberlandverbindungen in irgend einer Gestalt aufrecht erhalten muß und die Poststellen ebenfalls ungemessene Summen verschlingen. Nunmehr ist ein Mittel zur Einschränkung der Kraftwagen-Betriebskosten gefunden worden. Mit Hilfe eines besonderen Vergasers wird der Kraftwagen mit einem billigeren Betriebsstoff — mit Schweröl (Gasöl) und auch mit Petroleum — betrieben. Der von einem Industriefabrikanten hergestellte und gemeinschaftlich mit der Post durchgearbeitete Vergaser ermöglicht es schon jetzt, mit 3 Teilen Gasöl und 1 Teil Benzol usw. einwandfrei zu fahren.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiern am 14. Januar die Eheleute Heinrich Leith, Vergolder und dessen Ehefrau Katharina geb. Schumacher, wohnhaft Draaisstraße 12. Die kirchliche Feier findet am Sonntag, 12. Uhr in der Herz-Jesu-Kirche statt.

Wohnschlafsammlung des bad. Lehrervereins. Der badische Lehrerverein hat auch diesmal über Weihnachten eine Sammlung zugunsten armer Lehrerswitwen und -Waisen veranstaltet. Dieselbe ergab die schöne Summe von 440 872 Mark.

Pb. Aufgefunden wurden auf einem Ackerfeld bei der Wiesheimerstraße in Heidenheim acht zusammengehörige Kupferrohre von 4-5 cm Durchmesser, welche vermutlich von einem Diebstahl herrühren. Die Rohre, die von einer etwa 7 Meter langen Wasserleitung herühren, sind bei der Kriminalpolizei in Heidenheim aufbewahrt.

Pb. Beflagnahme von Kupferkabel. Anlässlich einer Kontrolle wurden bei einem Altmetallgroßhändler im Industriehafen 298 kg Kupferkabel, die zusammengeschnitten waren, vorgefunden. Es wird vermutet, daß das Kupfer gelohben ist. Die Kriminalpolizei ersucht

Halbmonatliche Zahlung der Unterhaltszuschüsse. Der Reichsminister der Finanzen hat mit Erlaß vom 18. Dezember 1922, III. 27 729/III. 4. 37 408, die Präsidenten der Landesfinanzämter ermächtigt, die Unterhaltszuschüsse usw. der Beamten im Vorbereitungsdienst in Höhe des auf die Zeit vom 1. bis 15. eines jeden Monats entfallenden Betrages bereits am 15. des Monats zahlen zu lassen.

Veranstaltungen

Spielplanänderung. Mit Rücksicht auf den Nationaltroupeartag am Sonntag, den 14. ds. Mts., wird im Nationaltheater nachmittags anstelle von „Mittheilung“ das Weihnachtsspiel „Das Gottes Kind“ und im Neuen Theater abends anstelle von „Der kausche Bedemann“ Max Halbes Liebesdrama „Jugend“ zur Aufführung gelangen.

Wählers Komitee: „Von deutscher Seele“, mit deren erfolgreicher Erstausführung im vergangenen Jahre der Musikverein der Uraufführung in Berlin folgte, wurde inzwischen an den bedeutendsten Bühnen mit gleichem Erfolg gebracht. Am 18. Januar wird nun das Werk durch den Musikverein im Arbeiterklub zum zweiten Male aufgeführt werden. Der frühere verdienstvolle Dirigent des Vereins, der jetzige Generalkonzeptionsdirektor in Saarbrücken, Heilig Bederer, hat die Leitung übernommen. Neben dem Musikvereinschor und dem geliebten Nationaltheaterorchester wirken mit: Lotte Leonard, Lydia Kindermann, Max Sipmann, Wilhelm Fonten, Arno Lohmann.

Kommunale Chronik

Weitere Betriebsbeschränkungen und Fahrgeleitsbeschränkungen bei der Heidelberger Straßenbahn. Der Aufsichtsrat der Heidelberger Straßenbahn- und Bergbahn A.-G. hat weitere Betriebsbeschränkungen beschlossen. Die Linie 2 (Bahnhof — Hauptstraße — Karlsrufer) fährt nur noch vom Bahnhof bis zum Kornmarkt. Die Fahrpreise steigen ab 15. Januar auf 80 Mark für den billigen Einzelfahrer (die anderen Fahrpreise ebenfalls im Verhältnis hierzu) und ab 1. Februar auf 100 Mark. Die Bergbahnen werden, besonders auch mit Rücksicht auf die Bewohner des Königstuhls, im Betrieb bleiben. Eine Fahrt vom Kornmarkt bis zum Königstuhl kostet 480 Mark. Wie die „Heidelb. R. A.“ hören, stehen noch weitere Einschränkungen bevor. So soll die Linie 1 nicht mehr bis zur Endstelle in Sandshulshaus (Tiefburg) fahren, sondern nur noch bis zum Kapellenweg, und außerdem wird erwogen, den Betrieb auf der Linie nach Epfelheim einzustellen.

Baden-Baden, 11. Jan. In der jüngsten Stadtrats-Sitzung wurde das Projekt des städtischen Betriebsamtes zur Erteilung einer Kraftwagen-Reparaturwerkstätte im Betriebsbahnhof der städtischen Straßenbahn unter Vermittlung eines etwa 4 Mill. M. erforderlichen Kredits genehmigt. Auf diese Weise kann die Übernahme der kleineren Reparaturen der städtischen Kraftwagen unter bedeutender Kostenersparnis durch städtisches Personal erfolgen. — Nach eingehender Beratung in mehreren Sitzungen wurde der Haushaltsplan 1922/23 festgestellt und die Erhebung einer Umlage von 80,00 M. für die große Bürgergarde in der Altstadt sowie einer Umlage von 6 M. für 100 M. Steuerwert von Gebäuden und vom Betriebserträgen von 9 M. von einzelnen geschäftigen Grundstücken und von 12 M. von Geschäftsräumen und diesen gleich zu behandelnden Grundstücken beschlossen. — Mit dem mit dem ersten Preis bedachten Prof. Jandons, Direktor der Kunstgewerbeschule in Dortmund, werden Verhandlungen wegen Ausarbeitung verschiedener Projekte für das Kriegerdenkmal eingeleitet. Als Standort für das Denkmal wird die unvorne Einnahmehalle des rechten Mißgottes des Rathauses in Aussicht genommen, die nach entsprechender Umgestaltung den Charakter einer Ehrenhalle erhalten soll. Die Ausführung des Denkmals ist in Aufsicht der geschäftigen Wärmern abacht. — In Abwechslung vom bisherigen System der felsen Sähe wird nach gemeinsamer Beratung mit dem Kuratorium, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürostauschusses, vom 1. Februar 1923 an die Fremdenabgabe auf folgender beweglichen Grundlage neu geordnet, um die Möglichkeit der Anweisung der Sähe an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, die Geldentwertung und an den dadurch hervorgerufenen Mehrbedarf der Kurverwaltung zu erfüllen. Die Abgabe beträgt für jeden beherbergten Fremden, und zwar bei einem Beherbergungsentgelt bis zu 500 M. 10, über 500-1000 M. 15, über 1000 M. 20 o. h. Der Kuratorium kann bei veränderten Verhältnissen die Stufen ändern und zur Herbeiführung eines Währungsausgleichs die Sähe bis zum zweifachen ihres Betrags erhöhen.

Kleine Mitteilungen

Das abgelaufene Etatsjahr der Stadt Worms schließt mit einem voraussichtlichen Fehlbetrag von 86 Millionen Mark ab. Demgegenüber steht ein städtisches Vermögen von 400 Millionen Mark, unversehrt der Wert der städtischen Sammlungen und des von der Stadt gekauften Baumaterials. Die Schulden belaufen

Auf 110 Millionen Mark. Für die Fertigstellung der im Bau befindlichen Stiebelgebäude sind insgesamt 450 Millionen Mark erforderlich.

In Köln kostet vom 15. ds. ab die billige Fahrt auf der Straßenbahn 125 Mark, Fahrkarte mit einmaligem Umsteigerecht 150 Mark, Kinder 65 Mark, Schüler und Lehrlinge 45 Mark, Knipstaxen (5 Fahrten) 500 Mark, Wohlfahrtskarten (10 Fahrten) 625 Mark, Wochenkarten ohne Umsteigerecht auf einer bestimmten Linie: a) für werktäglich 2 Fahrten 1000 Mark, b) für werktäglich 4 Fahrten 1500 Mark, mit einmaligem Umsteigerecht: a) für werktäglich 2 Fahrten 1200 Mark, b) für werktäglich 4 Fahrten 1800 Mark. Verhandlungen wurden erteilt.

Da der Antrag der Verwaltung der Berliner Straßenbahn auf Einführung des 120 Mark-Tarifes und ein Kompromißantrag auf Schaffung eines Interimistarifes 100 Mark-Tarifes gescheitert ist, erklärte die Straßenbahndirektion, sie werde den Spätsverkehr von 9 Uhr abends ab einstellen müssen. Das Defizit der Berliner Straßenbahn beträgt täglich 17 Millionen Mark.

Aus dem Lande

Heidelberg, 12. Jan. Die Universität Heidelberg wird am Donnerstag, den 18. Januar 1923, dem Jahrestag der Kaiserproklamation in Versailles eine Feier zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches veranstalten, die vormittags 11 Uhr im Neuen Kollegienhaus stattfindet.

Heidelberg, 11. Jan. Die Fahrpreise der Straßenbahn sind mit Wirkung vom 13. Januar wieder erhöht worden. Die billige Fahrt kostet jetzt 80 Mark. Dementsprechend sind auch die Fahrpreise auf der Bergbahn erhöht worden, die am 13. Januar den Betrieb wieder aufnimmt. Am 1. Februar tritt eine weitere Erhöhung der Fahrpreise ein, für die billige Strecke wird man dann 100 Mark zu zahlen haben. Der Verein der Auslandsdeutschen hielt am 8. Januar seine Generalversammlung ab, bei der der Vorsitzende, Dr. Preitner, mitteilte, daß Formulare zur Schadenersatzanmeldung in der Geschäftsstelle des Bundes, Helmoltzstraße 3 zu erhalten sind. In jedem ersten Monat des Monats sollen die Mitglieder durch Vorträge über den Stand der Entschädigungsaktion auf dem Laufenden gehalten werden.

Freiburg, 10. Jan. Unter dem Vorsitzen, ihm zur Heilung seines kranken Auges verhehlen zu können, bestimmte eine weibliche Person in Neustadt i. Schw. den jungen Ausläufer einer dortigen Firma, mit ihr und ihrem Kavaller nach Frankfurt zu einem Spezialarzt zu reisen. Inzwischen erfuhr der Vater des Ausläufers von der Geschichte; er benachrichtigte die Gendarmerie, und es gelang noch, die drei im Zuge in Freiburg festzunehmen. Der junge Mann vermutet wohl nicht ohne Grund, daß er ins besetzte Gebiet verschleppt werden sollte.

Freiburg, 10. Jan. Die Feuertour Karosserie- und Wagenfabrik von Karl Wagner am Rennweg wurde am Dienstag morgen von einem Großfeuer heimgesucht. Kurz nach 7 Uhr stand der nördliche und der mittlere Teil der Halle in Flammen. Die Brandursache selbst steht noch nicht genau fest. Das Feuer soll seinen Ausgang von Heizöfen genommen haben. In kurzer Zeit schlugen hohe Flammen aus dem Gebäude heraus. Die Halle besteht aus einem Holzgerüst, dessen Wände mit Gipsstein ausgefüllt sind. Gegen 8 Uhr morgens war die Gefahr eines Uebergreifens des Brandes auf die benachbarten Fabrikantenanlagen beseitigt. Die im offenen mittleren Teile der Halle untergebrachten Autos und Kraftwagen konnten fast alle geborgen werden. Explosionsgefährliche Stoffe konnten rechtzeitig vom Brandherd entfernt werden. Seitens der Polizeibehörde wurden umfangreiche Abwehrmaßnahmen vorgenommen werden. Gegen 9 Uhr morgens konnte ein Teil der Behe abgebrochen. Die Fabrik war bereits vor vier Jahren von einem ziemlich schweren Brand heimgesucht worden. Über 6 Automobile und 1 Wohnwagen verbrannten ferne und halbfertige Waren im Werte von weit über 50 Millionen M. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Nachbargebiete

sw. Waldmühlbach i. D., 10. Jan. Nachdem vor einigen Tagen die hiesigen Hausbesitzer sich zu einer Vereinigung zusammengesunden haben, ist daraufhin am Sonntag in einer gut besuchten Versammlung von den hiesigen Rietern hierzu Stellung genommen worden. Herr Ruch aus Worms sprach in zweifelhafte Ausführungen über das neue Mietgesetz in seinen wichtigsten Teilen. Nach kurzer Diskussion kam man zu dem Entschluß, auch hier einen Rieterverein ins Leben zu rufen, der in unparteiischer Weise die Rechte seiner Mitglieder auf der Grundlage des Mietgesetzes zu vertreten gewillt ist.

Berichtszeitung

Mannheimer Strafkammer

„Du hast etwas gespürt?“ Auf dem Heimwege vom Wirtshaus vorziehe der 28 Jahre alte Bader Ludwig Rudolf K. in der Nacht vom 16. zum 17. Oktober v. Js. auf der Straße zwischen 5 und 12 in Angermeilerei seinem Freunde, dem Rangierer Richard Morgenstern, einen Stich in die rechte Brustseite, der eine schwere Verletzung der Lunge zur Folge hatte. Des Verwundeten Leben hing an einem Faden und er konnte nur dank dem Umsatze gerettet werden, daß die Punktion gelang. Morgenstern ist aber heute noch nicht wieder völlig hergestellt. K. hatte sich wegen einer Tat am Mittwoch vor dem Mannheimer Schöffengericht zu verantworten. Er erklärte, er könne infolge einer im Kriege erlittenen Verwundung nicht viel Alkohol vertragen und sei sinnlos betrunken gewesen. Die Verleumdung, K. v. D. v. d. n. hielt diese Verleumdung für glaubhaft, sonst hätte der Angeklagte, der aus guter Mannheimer Familie stamme und noch nicht vorbestraft sei, doch nicht seinen Freund ganz unvermittelt mit dem Messer angegriffen. Jedenfalls befreit der Verteidiger die Verantwortlichkeit. Das Gericht ließ die von Dr. Warden vorgebrachten entlastenden Momente gelten. Die Sache wurde zweifelhafte, wenn nicht eine Verurteilung des Angeklagten die Verhältnisse außer jede Frage gestellt hätte. Wie der Bericht, der als Zeugnis vernommen wurde, angab, hätte der Angeklagte nach der Tat gefragt: „Halt du jetzt etwas gespürt?“ Auf Grund dieser Verurteilung wurde K. wegen vorläufiger Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis, abzüglich drei Wochen der Unterlassungshaft, verurteilt, doch soll die Strafe nach einiger Zeit zum Teil in Geldstrafe umgewandelt werden. Da der Angeklagte schon im Zustand erkranket hatte, so wurde wegen Jugendverdachts Haftbefehl erlassen, doch erklärte sich die anwesende Mutter bereit, eine geforderter Sicherheit von 150 000 M. zu stellen.

Manager gegen Sportredakteur

Gegen den Manager des Golfclubs Rabinowitsch, Herrn v. Gehr, waren in einer Sportzeitung scharfe Verurteilungen erhoben worden, da Herr v. Gehr die Verbe freizist und Combats für einen Oranienwärdnen als bestimmte Nichtsportler bezeichnet hätte, die Verbe dann aber doch gelassen waren. Herr v. Gehr fühlte sich durch den Vorwurf beleidigt, er habe der Presse falsche Informationen gegeben und dadurch das weitere Publikum irreführt. Er krenete deshalb Privatklage an. Nach mehrmaliger Beratung fand jetzt ein neuer Termin statt, in dem das vorläufige Urtheilen beider Parteien angeordnet war und der Angeklagte durch seinen Rechtsanwält Dr. Auf. Meier in den Verhandlungen für die von ihm aufgestellten Behauptungen auftreten wollte. Die Verhandlungen, welche hinter die Kulissen des Rennplatzes führten und große Richter auf bestehende Mißstände werfen sollte, nahm einen interessanten Ausnahm. Wieder der Kläger nach sein Rechtsbehelf waren ertrüben und so wurde die Klage abgewiesen. Die Kosten sollen dem Kläger zur Last.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Januar

Table with columns for dates (7, 8, 9, 10, 11, 12) and water levels (Hochwasser, Niedrigwasser) for various locations like Mannheim, Heidelberg, etc.

Mannheimer Wetterbericht v. 12. Jan. morgens 7 Uhr. Barometer: 762.3 mm. Thermometer: 0.7 C. Relative Temperatur: 0.3 C. Wind: NW, schwach, neblig.

Handel und Industrie

Zur Wiederherstellung des Bankgeheimnisses

Beantragte Aufhebung des Depotzwanges

Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Genossenschaftsverband, der Deutsche Sparkassenverband, der Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Verband deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten haben der Reichsregierung, dem Reichsrat, dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat eine gemeinschaftliche Erklärung in Sachen der Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und der Aufhebung des Depotzwanges unterbreitet, der wir u. a. Folgendes entnehmen:

Nachdem unwiderleglich feststeht, daß die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung über die Aufhebung des Bankgeheimnisses wie die Vorschriften der Verordnung vom 24. Oktober 1919 über die Einführung des sogen. Depotzwangs für inländische Wertpapiere die steuerlichen Interessen des Reichs in keiner irgendwie nennenswerten Weise gefördert, dafür jedoch die heimische Volkswirtschaft durch Verschärfung der Kredit- und Kapitalnot aufs schwerste geschädigt und vor allem der Kapitalflucht ins Ausland in außerordentlichem Umfange Vorschub geleistet haben, müssen die Verbände mit lebhaftem Bedauern erklären, daß der unter der Ueberschrift „Maßnahmen betreffend das Bankgeheimnis“ in dem Gesetzentwurf über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen eingefügte Art. VI nicht entfernt geeignet ist, die Fehler der bestehenden Gesetzgebung wieder gut zu machen und den Banken, Sparkassen und Genossenschaften das durch die geltenden Bestimmungen zerstörte Vertrauen ihrer Kunden und Einleger wiederzugewinnen. Der verhängnisvollen Banken- und Sparkassenflucht des von der Volkswirtschaft benötigten Kapitals kann nicht anders Einhalt getan werden, als durch Beschränkung der Auskunftsspflicht der Kreditinstitute auf solche Fälle, in denen wegen Verdachts der Steuerzuwiderhandlung ein Strafverfahren eingeleitet ist. Hiervon würden auch die Reichsfinanzen im ganzen überwiegend Vorteile haben, da einerseits bei den Finanzämtern eine Fülle kostspieliger Arbeitskräfte erspart, andererseits durch die gleiche Ersparnis bei den Banken und anderen Kreditinstituten die Eingänge aus deren direkten Steuern sich erhöhen würden, vor allem aber mit einem nennenswerten Mehrertrag der Kapitalertragsteuer infolge des Rückflusses der fremden Gelder zu den Sparkassen und Banken zu rechnen ist. Nicht berücksichtigt sind hierbei die mittelbaren Vorteile, welche dem Steuerfiskus aus einer Minderung der Kredit- und Kapitalnot von Industrie, Landwirtschaft und Handel, sowohl auf dem Gebiete der direkten, als auch besonders auf dem der indirekten Besteuerung zufließen müssen. Aus dem gleichen Grunde ist auch die völlige, nicht bloß auf festverzinsliche Werte zu beschränkende Beseitigung des Depotzwangs zu fordern. Infolge der ständig zunehmenden Geldentwertung ist die Aktie deutscher industrieller und kaufmännischer Unternehmen ein Anlagepapier für weite Kreise des Mittelstandes geworden, und ist andererseits die Industrie und der Handel für die Beschaffung des in steigendem Maße benötigten Produktivkapitals auf die Unterbringung ihrer Aktien in diesen Bevölkerungskreisen angewiesen. Die heutige Zeit erheischt Maßnahmen, welche den Kapitalzufluß zur Industrie im Interesse der Ernährung und Erhaltung der in ihr tätigen Bevölkerung auf jedem zweckdienlichen Wege erleichtern. Die inländischen Kapitalien, welche sich um des Depotzwangs willen von dieser Anlage zurückhalten, entgehen überdies dem Reiche auch für die Kapitalertragsbesteuerung und für eine Reihe anderer Steuerzweige.

Mannheimer Börsenbestimmungen über Zusammenladung von Getreide

Die Mannheimer Produktenbörse hat neue Bestimmungen für die Zusammenladung von Getreide für den Transport auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen erlassen, die ab 1. Januar in Kraft getreten sind. Danach hat in Fällen, in denen die Partien ungetrennt oder nur durch Holzverschott oder nur durch Matten getrennt verladen sind hinsichtlich des Fehlgewichtes bzw. Ueberschusses nach dem Verhältnis der verladenen Mengen Verteilung stattzufinden, jedoch nur unter Getreide gleicher Gattung, also Weizen mit Weizen, Roggen mit Roggen usw.

Erhitzte Partien, welche Untergewichte ergeben, sind von der Verteilung mit gesunden Partien ausgeschlossen, haben aber unter sich zu verteilen.

Ist eine Teilmenge erhitzt, so haben die übrigen Teilmengen, auch wenn sie gesund sind, mit den erhitzten zu teilen, sofern sie mit diesen zusammen aus einem Seedampfer überschlagen wurden und Teile einer geschlossenen Partie sind. Die ausgleichenden Mengen, wenn sie 500 kg nicht übersteigen, werden nicht in natura zurückgegeben, sondern von den von Zeit zu Zeit von dem Vorstand der Mannheimer Produktenbörse festzusetzenden Abrechnungspreisen verrechnet. Für den Abrechnungspreis für die nicht in natura zurückgegebenen Mengen ist das Ankunftsdatum des Hauptschiffes am letzten Bestimmungsort maßgebend.

Erkrankte Ware wird nach freier Verständigung der Parteien verrechnet; bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet das Schiedsgericht der Mannheimer Produktenbörse.

Die nachweislich entstandenen Auslagen für Fracht, Assekuranz und Arbeitslohn auf diejenigen Mengen, die in natura zurückgegeben werden, sind von dem Empfänger an den Zurückgebenden zu vergüten.

Die Abrechnungen sind so rasch als möglich aufzumachen und sogleich zu zahlen. Eine spätere Abrechnung hebt die Anerkennungspflicht nicht auf.

Als Empfänger ist stets der Inhaber des Konnossements zu betrachten, welcher die Ausladung bewirkt hat.

Erhöhung des Goldzollaufgeldes. Nachdem das Goldzollaufgeld zweimal hintereinander ermäßigt werden konnte, muß es jetzt, in Auswirkung des französischen Vorgehens im Ruhrgebiet mit seinen verheerenden Folgen für unsere Valuta, wiederum erhöht werden. Für die Zeit vom 17. bis 23. Januar beträgt es 184,000 (gegen jetzt 169,900) Prozent. So wirkt Frankreichs Politik verteuern für jeden eingeführten Artikel.

Industrieller Kapitalbedarf im Jahre 1922. Die Beanspruchung des deutschen Kapitalmarktes ist im Jahre 1922 nicht so groß gewesen, als im Hinblick auf die katastrophale Valutaentwertung erwartet werden mußte. Während nach den Aufzeichnungen des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co. im Jahre 1921 insgesamt nur 2174,5 Mill. Mk. neue Aktien und Obligationen geschaffen worden sind, wurden im Jahre 1922: 55048 Mill. Mk. beansprucht. Von der Ausgabe mit mehrfacher Stimmrecht ausgestatteter Vorzugsaktien wurde in besonders großem Umfange Gebrauch gemacht. 534 Mill. Mk. Vorzugsaktien mit mehrfacher Stimmrecht im Jahre 1922 stehen 1436 Mill. Mk. im Jahre 1921 gegenüber.

Wayß & Freytag A.-G., Neustadt a. H. Dem Vernehmen nach soll der Geschäftssitz nach Frankfurt a. M. verlegt werden.

Platzweinkellerei J. Engelmann G. m. b. H. in Neustadt a. H. Die Gesellschaft wurde in eine A.-G. mit 25 Millionen Mark Kapital und mit dem Sitz in München umgewandelt.

Badenwerk-Kohlenwertanleihe. Die erste Serie von 125 000 Tonnen ist bereits überzeichnet. Der Schluß der Annahme von Zeichnungen ist auf den 12. Februar, nachmittags 1 Uhr festgesetzt. Weitere Serien werden voraussichtlich nächste Woche zur Auflegung gelangen. Der gültige Kohlenpreis wird noch bekanntgegeben; kürzlich wurde er mit 29 600 Mk. für 1000 kg Kohlen genannt.

Großkraftwerk Württemberg A.-G. in Heilbronn. Der Gesellschaft ist die Ausgabe von 150 Millionen Mark 6proz. Schuldverschreibungen genehmigt worden.

Fr. Heiser, Maschinenfabrik A.-G., Stuttgart-Cannstatt. Das Unternehmen, das 1922 das Kapital von 4,5 auf 12 Mill. Mark erhöhte, schließt mit einem Betriebsgewinn von 14 437 452 (5 285 618) Mk. ab. Einschließlich Vortrag von 199 851 Mk. und Gewinn aus Zinsen und Grundstückerträgen mit 711 450 Mk. beträgt der Gesamtergebnis 15 348 762 (5 445 465) Mk. Nach Abzug der Handlungskosten mit 7 060 285 (1 708 940) Mk. und der Abschreibungen mit 3 302 609 (1 369 675) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 4 965 868 (2 274 851) Mk., aus dem, wie bereits mitgeteilt wurde, 40 (25) Prozent Dividende auf 7,1 Mill. Mk. Stamm- und 7 Prozent auf 0,4 Mill. Mk. Vorzugsaktien verteilt werden sollen. Der Sonderrücklage werden unter gleichzeitiger Ueberschreibung des Werkerneuerungskontos zur Ergänzung der ersten um 2 Mill. Mk. 600 000 Mk. überwiesen. Für Wohlfahrtszwecke werden 1,4 Mill. Mk. verwendet und der Rest mit 97 868 Mk. auf neue Rechnung vorgezogen.

Neugründung. Unter Mitwirkung des Bankhauses Kahn, Weil u. Cie., Berlin W 9, Bellevuestraße 4 wurde die Aktiengesellschaft Bruno Herzberg u. Co. mit einem Kapital von 10 Mill. Mark am 8. Januar 1923 gegründet. Die Aktiengesellschaft betreibt die Fabrikation und den Export von sämtlichen Ausstattungsgegenständen für Schaufenster, insbesondere von Schaufenster-Wachfiguren. Als Vorstand wurden bestimmt: Herr Dr. Bruno Herzberg und Herr Direktor Kurtzig.

Neue Aktiengesellschaft in der Lederwaren-Industrie. Die Lederwarenfabrik Rudolph Kahn, Offenbach a. M. wurde laut Konfessionär in eine Aktiengesellschaft mit 30 Millionen Mark Kapital, das in Händen der Inhaber verbleibt, umgewandelt.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 12. Jan. (Mitteltung der Mitteldeutschen Creditbank, hier) New York 10500 (10275), Holland 4169 (4037), London 43000 (47750), Schweiz 1990 (1930), Paris 725 (700) Italien 520 (515).

Tendenz: Infolge der politischen Unsicherheit bei eingetragtem Geschäft etwas schwächer.

New York, 11. Jan. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0,0005 1/2 (0,0006 1/4) Cents, was einem Kurse von 10 471,20 (10 362,69) Mark für den Dollar entspricht.

Table showing exchange rates for various countries: New York, 11. Jan. (W3) Devisen. Includes rates for Frankreich, Belgien, Schweiz, England, Spanien, Italien.

Waren und Märkte

Preiserhöhungen. Der neue Kohlenverkaufspreis, wie er vom Reichskohlenverband festgesetzt wurde, wird demnächst 38 044 Mk. pro Tonne betragen.

Die Stuttgarter Garnbörse brachte eine Preissteigerung für Baumwollgarn um 2300 bis 2400 Mk. pro 1 kg, für Baumwollgewebe um 250 bis 340 Mk. pro m.

Die Ver. Margarinefabriken haben ab 11. Januar die Preise für Margarine um 220-240 Mk. pro Pfund erhöht. Darnach kosten die billigste Sorte 1250 Mk. und die beste 1465 Mk. pro Pfund. Hierzu kommt noch der Aufschlag für den Kleinverkauf und die Verpackung.

In allen diesen Preiserhöhungen ist die Auswirkung der französischen Politik auf die Bewertung der deutschen Mark und ihre Kaufkraft zu erblicken.

Preiserhöhung für Superphosphat. Infolge eingetretener Steigerung der Erzeugungskosten, insbesondere der am 1. Januar 1923 eingetretenen Verteuerung der Eisenbahnfrachten und der im Dezember 1922 eingetretenen Erhöhung der Löhne um 70 bzw. 79,27 Proz. ist eine Erhöhung des Preises für Superphosphat nötig geworden. Der Höchstpreis beträgt darnach für 1 Kilogramm wasserlösliche Phosphorsäure im Superphosphat 795 Mk. Die Erhöhung der Frachten bedingt ferner eine Neufestsetzung des Stickstoffpreises und des Zuschlages für Kali in Superphosphatmischungen. Dieser Erhöhung entsprechend ist in diesen Mischungen der Stickstoffpreis auf 1533,65 Mk. und der Zuschlag für Kali auf 224,00 Mk. neu festgesetzt worden. Die neuen Preise treten mit Wirkung vom 5. Januar 1923 in Kraft.

Berliner Metallbörse vom 11. Januar

Table showing metal prices in Berlin: Preis in Mark für 1 kg. Includes prices for Elektrolytkupfer, Raffinadokupfer, Blei, Zinn, etc.

Table showing metal prices in London: London, 11. Januar. (W3) Metallmarkt. Includes prices for Kupferkassa, Zinn, etc.

Amerikanischer Fundkist

Table showing American commodity prices: New York, 11. Januar. (W3) Fundkist. Includes prices for Kaffee loco, Zucker, etc.

Table showing commodity prices in Chicago: Chicago, 11. Januar. (W3) Fundkist. Includes prices for Weizen, Mais, etc.

Schiffahrt

Neueste Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Hamburg. D. „Tucuman“ am 3. 1. 10 Uhr morgens in Lissabon, 2 Uhr nachmittags von Lissabon nach Santos, Paranaqua, Desterro und Rio Grand do Sul. D. „Rio de Janeiro“ am 7. 1. 8 Uhr morgens in Alicante (rück.). D. „Santa Fé“ am 7. 1. 8 Uhr morgens in Paranaqua. D. „Cap Norte“ am 8. 1. in Santos und nach Rio de Janeiro (rück.). D. „Santa Theresa“ am 9. 1. 1 Uhr morgens Dover passiert.

